

## **Antragsheft 2**

### **Änderungsanträge**

Änderungsanträge P01 - Die Linke als organisierende Kraft im Alltag der Menschen verankern .....	2
Änderungsanträge P04 – Für eine starke Linke im gesamten Land.....	15
Änderungsantrag P06-Gegen Doppelstandards und Hexenjagden.....	17
Änderungsantrag P07- Solidarische Verpflegung auf offiziellen Veranstaltungen des Landesverbandes Baden-Württemberg – Vegan als Standard .....	18
Änderungsanträge P08 - Nein zu generativer KI – Menschliche Kreativität fördern .....	20
Änderungsanträge P09 - Der Jugend eine Zukunft!.....	22
Änderungsanträge P 10 – Wir wollen verändern, nicht regieren!.....	23
Änderungsanträge P 16 .....	24
Änderungsanträge G01 – Zivilgesellschaft schützen.....	24
Änderungsanträge G02 - Konnexitätsprinzip einhalten – Kommunalfinanzen stabilisieren.....	25
Änderungsanträge G03 - Sicherheit für die Menschen statt Vaterlandsverteidigung.....	27
Änderungsanträge G04 - Psychische Gesundheit ist kein Luxus! .....	29
Änderungsanträge G06 - Sozialabbau bekämpfen. In den Kommunen beginnen .....	30
Änderungsantrag G07 - Stoppt Krieg, Vertreibung und Völkermord im Nahen Osten.....	32

# **Änderungsanträge P01 - Die Linke als organisierende Kraft im Alltag der Menschen verankern**

## **ÄA 1-P01: Ergänzung nach Z13**

**Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL):**

- 1 Trotzdem kann uns das Wahlergebnis überhaupt nicht befriedigen angesichts
- 2 dessen, dass die Linke in den Monaten vor dem Wahlkampf ihre Mitgliederzahl
- 3 mehr als verdoppelt hatte und in den Umfragen monatelang stabil bei sieben
- 4 Prozent lag und einige Wochen vor der Wahl 12% angegeben haben, dass sie sich
- 5 vorstellen können, Die Linke zu wählen.
- 6 Offensichtlich haben wir zu wenigen Wähler\*innen deutlich machen können, dass
- 7 zwischen uns und den bürgerlichen Parteien prinzipielle Unterschiede bestehen,
- 8 die wichtiger sind als die scheinbaren Unterschiede zwischen Özdemir und Hagel.
- 9 Dazu haben wir selbst beigetragen, indem wir Illusionen in ein „linkes Lager“ aus
- 10 Grünen, SPD und uns schüren und mit ihnen in Bundesländern regieren und auf
- 11 kommunaler Ebene koalieren. Dabei wird das Bild der Partei durch die
- 12 Bundesebene mehr als durch die Landesebene geprägt. Wir setzen uns daher für
- 13 ein klassenkämpferisches sozialistisches Auftreten der Bundespartei und der
- 14 Bundestagsfraktion ein.
- 15 Es war auch nicht hilfreich, immer wieder Illusionen in die Wirkung einer kleinen
- 16 linken Parlamentsfraktion zu schüren, statt ein lebendiges Bild von der
- 17 Zusammenarbeit von Abgeordneten und außerparlamentarischen Kämpfen zu
- 18 entwickeln.

Begründung: Wir können nicht dazu schweigen, warum wir die Erwartungen vor den Wahlen nicht erfüllt haben, sondern müssen Erklärungen dazu liefern

## **ÄA 2-P01: Ersetzen nach Z14**

**Antragssteller\*in KV Freiburg:**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 14 bis 20 durch folgenden Text ersetzen:

- 1 Aber wir sind auch ehrlich uns selbst gegenüber. Das Ergebnis blieb hinter
- 2 unseren Erwartungen zurück. Wir sehen drei zentrale Punkte, bei denen wir
- 3 tatsächlich viel besser werden müssen:
- 4 Wir haben nur sehr wenige Nichtwähler\*innen mobilisieren können. Die AFD hat
- 5 landesweit das 19fache (!) an Nichtwähler\*innen (190 000 zu 10 000) für sich
- 6 aktivieren können. Das weist auf ein massives Problem in unserer Kommunikation
- 7 hin. Unsere Erzählung wurde nicht als eine Lösung für die gesellschaftlichen

8 Probleme verstanden, wir haben an vielen Stellen an den Menschen  
9 vorbeigeredet. In Rheinland-Pfalz konnte ein ähnliches Phänomen beobachtet  
10 werden.

11 Wir haben in den großen Städten gewonnen, verloren haben wir in den ländlichen  
12 Räumen. Über 70 % der Wähler\*innen in Baden-Württemberg leben in Gemeinden  
13 unter 50 000 Einwohnern. Dort sind wir nur in den seltensten Fällen in die Nähe  
14 der 5 % gekommen, uns ist es nur in 9 von 44 Kreisen gelungen, über die 5 %  
15 Hürde zu kommen. Bei den 9 Kreisen handelt es sich nur um die großen  
16 Stadtkreise. Es gab keine Mitnahmeeffekte und keine Ausstrahlung von den  
17 Zentren in die Peripherie. Wenn wir in kleineren Städten wie Pforzheim oder in  
18 Dörfern wie Merzhausen oder Au gute Ergebnisse erzielt haben, lag das an der  
19 kontinuierlichen Arbeit der Genoss\*innen vor Ort.

20 Die innerparteiliche Mobilisierung für den Wahlkampf hat lange nicht alle  
21 Mitglieder erreicht. 2021 hat umgerechnet jedes Mitglied rund 45 Stimmen erzielt,  
22 dieses Mal waren es 22. Das weist auf ein Problem, bei dem wir weder negieren  
23 können noch wollen. Die Linke ist eine Mitmachpartei, die nur so lange erfolgreich  
24 ist, wie die Mitglieder den Wunsch haben, sich aktiv im Rahmen ihrer  
25 Möglichkeiten an der Parteiarbeit zu beteiligen. Wir sehen es als eine Aufgabe für  
26 die nächsten Jahre an, diese Kultur zu stärken und die Räume zu schaffen, die ein  
27 Aktivsein ermöglicht. Dazu gehört auch, innerhalb der Partei zu erzählen, warum  
28 Die Linke so wichtig ist für die Welt, in der wir leben.

29 Vor dem Hintergrund des drastischen Sozialabbaus in Bund und Land, der  
30 zunehmenden Faschisierung insbesondere im ländlichen Raum und der  
31 Kriegstreiberei ist es eine Katastrophe, dass der Landtag von Baden-Württemberg  
32 mit der Wahl am 8. März so weit nach rechts gerückt ist. Der Wahlkampflogan  
33 „Menschen zuerst“ ist die Grundprämisse der Linken, diese ist im Wahlkampf nicht  
34 in ausreichendem Maße von den Bürger\*innen wahrgenommen worden.

35 Die vor uns liegende Aufgabe ist gleichzeitig einfach und schwer: Wir müssen uns  
36 eine politische Botschaft und eine gesellschaftliche Praxis erarbeiten, die mehrere  
37 Ebenen miteinander verschränkt. Wir legen eine Analyse vor, welche die Ursachen  
38 und die Akteur\*innen der aktuellen Krise klar benennt – da sind wir ziemlich gut.  
39 Wir wissen, woher die Krisen kommen und wer sie aus welchen Gründen  
40 produziert. Wir wissen, dass Krisen im Kapitalismus die notwendige Bedingung für  
41 dessen Existenz ist. Wir wissen, dass die Welle von Kriegen, die gerade geschürt  
42 werden, ein notwendiges Ergebnis der Faschisierung ist. Leider hören uns viel zu  
43 wenige Menschen zu.

44 Wir müssen aber diese Analyse auch erfahrbar machen – und da können wir  
45 besser werden. Wir müssen uns weiterentwickeln, sowohl in unserer  
46 Analysefähigkeit als auch in unserer politischen und gesellschaftlichen Praxis. Um  
47 die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verbessern und den Siegeszug der AFD zu  
48 brechen müssen wir eine auf viele Jahre hinweg angelegte Strategie entwerfen:

- 49 – Wir suchen uns Bündnispartner\*innen. Wir brauchen Menschen, die in ihren  
50 Strukturen für unser Weltbild ansprechbar sind.
- 51 – Wir schaffen Räume – reale und virtuelle – wo sich Menschen begegnen  
52 können. Das werden wir an vielen Stellen nicht alleine stemmen können,  
53 auch deswegen brauchen wir Partner\*innen
- 54 – Wir brauchen Phantasie. Wir denken die Dinge neu und entwickeln so eine  
55 andere politische Kultur, in der diese andere Welt, von der wir alle träumen,  
56 konkret wird. Macht wird grundsätzlich in Frage gestellt, die  
57 Wachstumsideologie ebenso.
- 58 – Wir vereinen in unseren Debatten unterschiedliche Lebenswelten und -  
59 verhältnisse und rücken die gesellschaftliche Dimension in den  
60 Vordergrund. Wir befreien uns in unserem politischen Denken und Handeln  
61 von der neoliberalen Ideologie des radikalisierten Individualismus, der den  
62 Menschen auf seine ökonomische Verwertbarkeit reduziert. Das ist der  
63 erste Schritt.
- 64 – Wir schaffen eine Erzählung und eine gesellschaftliche Praxis, die  
65 wirkmächtig gegen die Gewalt der extremen Rechten ist. Der Widerstand  
66 gegen den ICE-Terror in den USA können Hinweise geben, was erfolgreich  
67 ist. Kleinteilige vernetzte Organisation, Verankerung in den Dörfern und  
68 Städten, geschaffene Räume sind notwendige Bestandteile
- 69 – Wir müssen das Große im Kleinen denken. Die mühsam erkämpfte Buslinie,  
70 die verzögerte Schließung eines Krankenhauses, das Frauen-Nachttaxi, die  
71 verlängerte Öffnungszeit (oder verhinderte Schließung) des Schwimmbades  
72 ist für viele Menschen von zentraler Bedeutung, weil es ihren Alltag direkt  
73 betrifft. Jedes Mal, wenn es uns mit anderen Menschen zusammen gelingt,  
74 eine Kleinigkeit zu verbessern, ist das eine Verschiebung von  
75 Machtverhältnissen. Das ist nie irrelevant.
- 76 Unsere Ausgangsbedingungen sind dabei nicht gut. Die Menschen in diesem Land  
77 haben in den vielen Jahren des Neoliberalismus gelernt, dass dieser Staat nicht  
78 für sie da ist. Auch deswegen macht sich Demokratieverachtung so breit. Die  
79 Menschen wissen sehr gut, dass das Regierungshandeln vor allem dazu da ist,  
80 Geld in die Taschen der Superreichen zu stopfen. Das Misstrauen gegenüber  
81 „etablierter Politik“ ist nachvollziehbar und richtig. Hier werden wir eingreifen und  
82 uns wider die aktuellen Machtverhältnisse mit den Menschen verbünden.  
83 Wir wollen mit Sofortmaßnahmen beginnen, die uns helfen sollen, die oben nur  
84 skizzierte Strategie zu entwickeln:

Begründung: erfolgt mündlich.

### **ÄA 3-P01: Ersetzen nach Z15/16**

**Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL):**

- 1 ~~Wir stellen uns als die soziale und solidarische Opposition in Baden-Württemberg~~
- 2 ~~auf.~~ Wir stellen uns als antikapitalistische und sozialistische Opposition in Baden-
- 3 Württemberg auf.

Begründung:

Wenn wir verhindern wollen, dass unsere potenziellen Wähler:innen in Zukunft wieder „strategisch“ einen grünen Rechtsausleger statt einem CDUler wählen, müssen wir unsere grundlegenden Positionen deutlich machen. Außerdem wird es angesichts der multiplen Krise des Kapitalismus, die sich in den kommenden Jahren noch einmal enorm verschärfen kann, immer schwieriger, „sozial“ und „solidarisch“ zu sein, ohne den Kapitalismus dezidiert in Frage zu stellen.

#### **ÄA 4-P01: Ergänzung nach Z20**

Antragsteller\*in: Salih Örtlek (KV Rhein-Hardt), Jochen Lochner (Gemeinderat, KV Rhein-Hardt)

- 1 Wir erkennen das Wohnen als ein grundlegendes Menschenrecht an.

#### **ÄA 5-P01: Einfügung vor Z21**

Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL):

- 1 Unser Profil als sozialistische Klassenpartei zu schärfen

Begründung:

Ergibt sich aus den vorigen Änderungsanträgen und ihren Begründungen.

#### **ÄA 6-P01: Ergänzung nach Z29**

Antragsteller\*in: LAG Ökologische Plattform Baden-Württemberg, Matthias Böhringer

- 1 - Wir werden Meinungsbildung betreiben, dass die Linke nicht minder
- 2 ökonomischen Verstand hat nur eben als wirtschaftspolitische Kraft gegen
- 3 Wirtschaftsliberalismus und dem Dogma Wachstum.
- 4 Der jetzige Ansatz baden-württembergischer Wirtschaftspolitik mit dem
- 5 Exportmodell / Fokussierung Autoindustrie / Erzählung Wohlstand durch
- 6 industrielles Wachstum ist so nicht mehr zukunftsfähig. Da müssen wir
- 7 Gegenmodelle zur kriselnder Autoindustrie (auch mit ihren hausgemachten
- 8 Problemen) voranbringen. Wirtschaftsmodelle wie Suffizienzwirtschaft
- 9 abseits von Ausbeutung von Mensch+Natur. Weitaus mehr ist Wirtschaft
- 10 und schafft Mehrwert als nur die Industrie mit ihrem Beitrag von nur etwa
- 11 22 % zur Wertschöpfung. Kleinteilige, in den Orten integrierte Betriebe,
- 12 Landwirtschaft, Handwerk, Pflegearbeit, Dienstleistungen, Tourismus sind
- 13 nicht minder wesentliche Standbeine und gehören ausgebaut und
- 14 anerkannt.
- 15 - Umweltpolitik nicht auf Klimaschutz konzentrieren. Alleinthema Klimaschutz
- 16 ist für die Herrschenden des weiter so praktisch, da „Klimaschutz“ abstrakt
- 17 ist. Echter ganzheitlicher Umwelt-/ Naturschutz findet nicht statt. Von den

18 planetaren Ökokrisen ist die Erderhitzung nur ein Segment. Natur- und  
19 Umweltschutz gibt es mit den Grünen nur soweit wie Wirtschaft+Wachstum  
20 nicht gestört werden (weiter so bei Pestiziden, mangelnder Schutz von  
21 Streuobstwiesen, Flur und Böden vor Flächenfraß, weitere Verdrängung von  
22 Individuen, Emission Zementwerke, Verbrauch Kalkstein+Sand+Kies in  
23 Betonwerken, Umstrittene „Gute“ Forstwirtschaft). Entsprechend enthalten  
24 die Gesetzesänderungen, welche unter Kretschmann z. B. durch das  
25 Biodiversitätsstärkungsgesetz kamen viele Hintertüren, damit zwar die  
26 grüne Seele und Umweltbewegte beruhigt wurden, sich aber an der Praxis  
27 beim Totspritzen und Flächenfraß nichts ändern musste.

### **ÄA 7-P01: Ergänzung vor Z31**

#### **Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL):**

1 Unser Profil als sozialistische Klassenpartei zu schärfen  
2 Der Kapitalismus befindet sich seit Jahren in einer multiplen Krise: wachsende  
3 Kluft zwischen Arm und Reich, schwache wirtschaftliche Entwicklung, eine sich  
4 verschärfende ökologische Katastrophe (Klimawandel, Artensterben etc.),  
5 Erstarren rechtspopulistischer und faschistischer Kräfte, Angriffe auf  
6 demokratische Rechte auch durch Parteien der „Mitte“, verheerende Kriege in  
7 verschiedenen Regionen, nicht nur in der Ukraine und in Westasien.  
8 Der Ende Februar 2026 von Trump und Netanjahu begonnene Angriffskrieg auf  
9 den Iran und seine seitherige Eskalation drohen die kapitalistischen Krisen noch  
10 weiter zuzuspitzen. Unter anderem besteht die Möglichkeit, dass die strukturelle  
11 Wirtschaftskrise durch eine konjunkturelle Krise überlagert und verschärft wird,  
12 von der Baden-Württemberg mit seiner großen Exportabhängigkeit und seinem  
13 großen Anteil der Produktion von langlebigen Konsumgütern und  
14 Produktionsmitteln (Autoindustrie, Maschinenbau etc.), bei denen die  
15 Konjunkturschwankungen wesentlich größer sind als bei Gütern des täglichen  
16 Bedarfs, besonders betroffen sein könnte. Auch ein Finanzmarktcrash liegt im  
17 Bereich des Möglichen und kann die Probleme noch mehr zuspitzen.  
18 Wir haben die Aufgabe, solche Entwicklungen in der Partei und mit der  
19 Bevölkerung zu diskutieren, ihren Zusammenhang mit dem Kapitalismus zu klären  
20 und den Kampf gegen ihre konkreten Auswirkungen mit der Schaffung  
21 sozialistischen Bewusstseins und der Vision einer sozialistischen Gesellschaft zu  
22 verbinden.

#### **Begründung:**

Die internationalen und wirtschaftlichen Entwicklungen der kommenden Jahre werden den Rahmen bilden, in dem sich unsere politische Arbeit vollzieht. Der Antrag blendet das völlig aus. Insbesondere haben die Wahlen gezeigt, wie wichtig es ist, sozialistische Antworten auf die Krise der Autoindustrie zu haben und offensiv zu vertreten, nicht zuletzt, um Alternativen zur Hetze der AfD anzubieten.

## **ÄA 8-P01: Ersetzen Z31**

Antragsteller\*in: KV Konstanz

- 1 ~~Wir stärken unsere Rolle als Partei der Mieter\*innen und weiten~~
- 2 ~~Sozialsprechstunden weiter aus.~~ Wir arbeiten konsequent und
- 3 öffentlichkeitswirksam an landespolitischen Themen

## **ÄA 9-P01: Ergänzen ab Z32**

Antragsteller\*in: KV Freiburg

**Der Antrag P01 wird nach Zeile 32 um folgenden Abschnitt ergänzt:**

- 1 Wir sehen, dass sich die gesellschaftliche Situation immer weiter verschlechtert,
- 2 die Sozial- und Gesundheitssysteme zerbrechen, die Menschen sind zunehmend
- 3 auf Hilfe und Unterstützung angewiesen. In diese Leerstelle greifen die Angebote
- 4 von Die Linke Hilft bzw. Sozialsprechstunden. Diese wollen wir ausweiten. Die
- 5 Angebote flankieren wir jedoch stets mit den Forderungen nach politischen
- 6 Lösungen und eines Ausbaus des Sozialstaates, der niemanden zurücklässt. Es ist
- 7 die Aufgabe des Gemeinwesens, die Daseinsfürsorge und ein gutes Leben in
- 8 Sicherheit und Frieden sicherzustellen.

Begründung erfolgt mündlich.

## **ÄA 10-P01: Ergänzen ab Z124**

9 Antragsteller\*in: KV Freiburg

### 10 **Wir organisieren den Widerstand gegen die Bezahlkarte**

- 11 Die Einführung der sog. Bezahlkarte ist eine massive Einschränkung von
- 12 Grundrechten Geflüchteter. Geflüchtete nehmen zum Teil gewaltige Strecken in
- 13 Kauf, um Gutscheine gegen Bargeld zu tauschen, z. B. um sich Monatskarten zu
- 14 kaufen, was mit Bezahlkarten nicht möglich ist. Da diese rassistische staatliche
- 15 Repression nicht auf absehbare Zeit verschwinden wird, organisieren wir
- 16 massiven passiven Widerstand dagegen. Wir fordern unsere Mitglieder auf, sich
- 17 aktiv am Rückkauf von Gutscheinen zu beteiligen, an den Orten, an denen wir
- 18 Büros unterhalten, unterstützen wir, die entsprechenden Kreisverbände mit
- 19 Schulungen und Material dabei, Tauschstellen für Geflüchtete einzurichten.
- 20 Diese Praxis folgt einer dreiteiligen Strategie: Zum einen ist die Organisation von
- 21 Tauschbörsen ein tatsächlicher Akt des passiven Widerstandes, mit dem Ziel, die
- 22 Bezahlkarten ad absurdum zu führen. Wenn sich genug Menschen daran
- 23 beteiligen, wird die Bezahlkarte sinnlos. Zweitens sind die Tauschbörsen ein guter
- 24 Ort um mit Geflüchteten in Kontakt zu kommen und dort unsere Verankerung zu
- 25 stärken. Erste Erfahrungen zeigen, dass sich sehr schnell Gespräche zu
- 26 entsprechenden Menschen entwickeln, die über den reinen Gutscheintausch
- 27 hinaus gehen. Drittens können wir über diese Börsen unsere Vernetzung stärken.

28 Vielerorts werden wir Tauschbörsen nicht aus eigener Kraft aufbauen und  
29 langfristig halten können – mit Bündnispartner\*innen zusammen ist das machbar.  
30 Begründung:  
31 Die existierenden Tauschstellen für Geflüchtete sind völlig überlaufen und können  
32 den Ansturm kaum bewältigen. Sie haben in der Regel zu geringe finanziellen  
33 Ressourcen und zu wenig Infrastruktur. Wir brauchen mehr Tauschstellen in  
34 Baden-Württemberg, vor allem an geschützten Orten, um dem Bedarf der  
35 Geflüchteten gerecht zu werden.

### **ÄA 11-P01: Ergänzung vor Z37**

**Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL):**

1 Dabei beteiligen wir uns an Widerstandsbündnissen gegen Kürzungen durch  
2 Kommunen, Bund und Länder und versuchen sie mit aufzubauen.

#### **Begründung:**

Der Kampf für Verbesserungen für Mieter\*innen ist natürlich ein sehr wichtiges Thema, aber es wäre eine Schiefelage, nicht gleichzeitig gegen die Verschlechterungen durch die diversen Kürzungen zu kämpfen. Oft sind die Menschen eher bereit, etwas zu verteidigen, was sie schon haben, als für etwas Neues zu kämpfen. Insbesondere der Kampf gegen kommunale Kürzungen ist ein Thema, das für die Menschen nah und greifbar ist und wo sich deshalb auch bei politischen Gegenwind Erfolge erreichen lassen, die dann Mut und Selbstvertrauen für offensive Kämpfe geben können.

### **ÄA 12-P01: Ergänzung nach Z38**

**Antragsteller\*in: Salih Örtlek (KV Rhein-Hardt), Jochen Lochner (Gemeinderat, KV Rhein-Hardt)**

1 Damit festigen wir unseren Status als Partei der Mieterinnen und Mieter.  
2 Wir machen aus der Mietenkampagne eine breite Wohnraumkampagne für das  
3 Grundrecht auf Wohnen mit drei Zielen:  
4 1. Bauoffensive für soziale und bezahlbare Wohnungen (kommunal,  
5 genossenschaftlich, landesgefördert) Wir fordern ein Landesprogramm für  
6 100.000 neue soziale Mietwohnungen bis 2031.  
7 2. Leerstand bekämpfen, Spekulation stoppen, Wohnungskonzerne  
8 vergesellschaften.  
9 3. Mieterschutz

#### **Begründung:**

Mietenpolitik allein reicht nicht. Die Wohnungsnot kommt auch von zu wenig bezahlbarem Wohnraum. Wir brauchen nicht nur Schutz vor Mieterhöhungen, sondern einen echten Bau-Boost für soziale Wohnungen. Und das Wohnen muss als Menschenrecht anerkannt werden und nicht als Spekulationsobjekt.

## **ÄA 13-P01: Ergänzung nach Z45**

**Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL):**

- 1 Wir gehen den ersten Schritt zum Aufbau einer Mieter\*innenbewegung und führen
- 2 unsere Mietenkampagne damit auf ein qualitativ höheres Level. **Dabei arbeiten wir**
- 3 **mit den bestehenden Mieter\*inneninitiativen zusammen, arbeiten nach**
- 4 **Möglichkeit in ihnen mit und helfen sie aufzubauen.**

### **Begründung:**

Eine starke Mieter\*innenbewegung kann nicht als Vorfeldorganisation einer Partei funktionieren, sondern muss auf der Selbstorganisation der Mieter\*innen beruhen. Wir sollten als Linke keine MLPD-Methoden übernehmen

## **ÄA 14-P01: Ergänzung Z46**

**Antragssteller\*in: KV Karlsruhe**

- 1 Die Zeit zwischen den Wahlen werden wir nutzen, um reale Verankerung vor Ort
- 2 nah bei den Menschen zu schaffen **und die Mietenkampagne zu einer**
- 3 **Klassenbewegung weiter zu entwickeln, die auch im ländlichen Raum**
- 4 **mehrheitsfähig ist. Dazu bringen wir uns aktiv im Programmprozess ein um alle**
- 5 **prekären Wohnformen zu unterstützen.**

### **Begründung:**

Anders als in den Ballungszentren beruht im ländlichen Raum die Vereinzelung nicht nur auf Lohn- und Mietverhältnissen, sondern begründet sich auf einer libertären Ideologie der Selbstständigkeit, die sich im sogenannten „Einfamilienhaus“ kristallisiert.

Eine ideologische Mafia aus Bausparern, Banken und Baufirmen haben in Baden-Württemberg in den letzten Jahrzehnten Tatsachen geschaffen: Ba-Wü hat 2,5 Mio Wohnungen in „Ein- und Zweifamilienhäuser“. Aber nur 1,65 Mio Familien mit Kindern. Insgesamt gibt es mehr Wohneinheiten als Haushalte - es fehlt aber an kleinen Wohnungen für kleine Haushalte. Konzepte für gemeinschaftliches Wohnen (Alters- WGs, Mehrgenerationenhäuser, etc.) können dieses Problem lösen. Dafür braucht es aber einen Mentalitätswechsel - weg vom Eigenheim als Festung hin zum kollektiven Wohnen in einer Solidargemeinschaft.

Um das zu erreichen brauchen wir ein Programm mit dem man diese Räume zurück erobern kann - ein solches Programm müssen wir in Baden-Württemberg (48,5% Eigentumsquote) entwickeln, das kann nicht aus Berlin (15,9%) kommen.

Auch viele Menschen, die Eigentum besitzen, würden von einer linken Politik profitieren:

- weil sie die notwendige Sanierung für den Klimaschutz nicht leisten können und keine Kredite bekommen, weil sie alt, alleinerziehend oä. sind.
- weil sie trotz Bedarf den barrierefreien Umbau nicht finanzieren können und ihr Eigentum zum Gefängnis wird

- weil sie ihr Eigentum im Pflegefall eines Angehörigen verlieren und so gezwungen werden selbst die Pflege zu übernehmen oder illegal Pflege zu organisieren.
- weil sie alleine wohnen und die steigenden Nebenkosten nicht mehr tragen können und keine gemeinschaftlichen Wohnformen finden
- ...

### **ÄA 15-P01: Ergänzung nach Z56**

**Antragssteller\*in: LAG Migrantische Linke / LINKS\*KANAX**

- 1 Dazu gehört auch der Zugang zu Gesundheitsversorgung und Pflege. Wir werden
- 2 unsere Sozialsprechstunden perspektivisch auch für Fragen rund um Pflege,
- 3 Krankenversicherung, Versorgungslücken und Patient\*innenrechte öffnen und
- 4 entsprechende Beratungsangebote gemeinsam mit Gewerkschaften,
- 5 Sozialverbänden und Initiativen im Gesundheitsbereich aufbauen.

### **ÄA 16-P01: Ersetzen Z57**

**Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL):**

- 1 ~~Wir möchten damit auch mehr~~ Dabei sind wir uns bewusst, dass individuelle
- 2 Beratung und Hilfe immer nur die zweitbeste Lösung ist, wenn sich der
- 3 gemeinsame Kampf für gemeinsame Interessen nicht organisieren lässt. Deshalb
- 4 wollen wir, wo immer möglich, mehr als eine sozialstaatliche Hilfestellung geben.
- 5 Wir arbeiten damit daran, die soziale Frage zu politisieren, konkrete Gegenmacht
- 6 zu organisieren und solidarische Netzwerke zu schaffen. Das ist mehr als bloße
- 7 Beratung, das ist der Weg von den Bedürfnissen der Menschen in die konkrete
- 8 politische Aktion.

#### **Begründung:**

Wir erleben in der politischen Arbeit (ebenso wie Betriebsrät\*innen oder Aktivist\*innen von Mieter\*inneninitiativen etc.) sehr häufig, dass ein kollektiver Kampf nicht möglich ist, weil wir zu schwach sind oder das Bewusstsein dafür bei den Betroffenen (noch) nicht zu wecken ist. Wir müssen aber darauf achten, nicht in Routine zu verfallen und nicht die Fälle zu verpassen, wo mehr möglich ist. Deshalb müssen wir uns immer wieder daran erinnern, dass individuelle Hilfe nur die zweitbeste Lösung ist.

### **ÄA 17-P01: Ersetzen Z61 + Z75 + Z76**

**Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL):**

- 1 Z 61 „Neumitglieder“ ändern in „Mitglieder“
- 2 Z75 „Neumitgliederbildung“ ändern in „Mitgliederbildung“

#### **Begründung:**

Wir leben in so ereignisreichen Zeiten, die für uns alle ständig neue politische Herausforderungen bieten, dass nicht nur unsere neuen Mitglieder, sondern wir alle politische Bildung brauchen.

- 3 Z 76 „**anbieten**“ ändern in „**anbieten, gemeinsam über die Anwendung unserer**  
4 **marxistischen Grundlagen auf die aktuellen politischen Fragen diskutieren**“

**Begründung:**

Wenn wir keine Verbindung zwischen den Grundlagen und den heutigen politischen Aufgaben herstellen, dann bringen diese Grundlagen herzlich wenig. Vor nicht allzu langer Zeit waren auch in Sozialdemokratie und Gewerkschaften marxistische Grundlagen weit verbreitet, gingen aber oft genug mit einer ausgesprochen opportunistischen Praxis einher. Das kann kein Vorbild für uns sein.

- 5 Z 76 „**unsere Utopie**“ in „**unser Ziel**“ ändern.

**Begründung:**

Demokratischer Sozialismus ist für uns keine Utopie sondern eine Vision, ein Ziel. Er ist die einzige Alternative zum Untergang in die Barbarei, wie bereits Rosa Luxemburg sagte.

**ÄA 18-P01: Einfügung Z95**

**Antragsteller\*in: LAG Ökologische Plattform Baden-Württemberg, Matthias Böhringer**

- 1 Die Linke kann nicht allein die großen Probleme unserer Zeit wie den Rechtsruck,  
2 die um sich greifende Militarisierung, die Klimakatastrophe + **Umweltkatastrophe**  
3 oder die immer größer werdende Spaltung in Überreiche und alle anderen  
4 bewältigen

**ÄA 19-P01: Ergänzung nach Z103**

**Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL):**

- 1 **Dabei erklären wir, dass junge Menschen, die die Wehrpflicht ablehnen, nicht aus**  
2 **Egoismus handeln, sondern im Interesse der Gesellschaft insgesamt, weil die**  
3 **Bundeswehr kapitalistischen Interessen und nicht den Interessen der Masse der**  
4 **Bevölkerung dient. In diesem Zusammenhang erklären wir die Verbindung**  
5 **zwischen Krieg und Kapitalismus.**

**Begründung:**

es ist völlig legitim, wenn junge Menschen die Wehrpflicht ablehnen, weil sie ihre Lebensplanung über den Haufen wirft. Aber wir stärken die Bewegung, wenn wir das in einen größeren Rahmen stellen.

**ÄA 20-P01: Ergänzung Z112**

**Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL):**

- 1 Hierfür wollen wir zuerst systematisch erfassen, inwieweit unsere Mitglieder  
2 bereits organisiert sind und diese für linke Gewerkschaftspolitik vernetzen. **Es gibt**  
3 **innerhalb der Gewerkschaften Auseinandersetzungen über**

4 sozialpartnerschaftliche oder klassenkämpferische Ausrichtungen, in der Haltung  
5 zur Friedensfrage etc. Linke sind dazu aufgerufen, nicht nur Mitglieder der  
6 Gewerkschaften zu sein und diese aufzubauen, sondern das mit dem Engagement  
7 für einen Kurswechsel der Gewerkschaften für Klassenkampf, Antimilitarismus und  
8 Antikapitalismus und innergewerkschaftliche Demokratie zu verbinden.

#### **Begründung:**

Linke behandeln zu oft Gewerkschaften als monolithischen Block, den es zu unterstützen gilt, und versäumen, sich zu den innergewerkschaftliche Fragen zu positionieren. Wir sind der Überzeugung, dass der Kampf gegen sozialpartnerschaftliche etc. Positionen innerhalb der Gewerkschaften auch für den erfolgreichen Aufbau der Gewerkschaften insgesamt notwendig ist.

#### **ÄA 21-P01: Einfügung Z117**

**Antragssteller\*in: LAG Migrantische Linke / LINKS\*KANAX**

1 Die Linke darf sich dabei nicht alleine mit symbolischer Solidarität zufrieden geben,  
2 sondern muss noch öfters als bisher praktische Solidarität organisieren – etwa  
3 auch direkt am Streikposten. Dies gilt insbesondere für die Beschäftigten im  
4 Gesundheits- und Pflegebereich, die seit Jahren unter Personalmangel,  
5 Arbeitsverdichtung und Ökonomisierung leiden. Arbeitskämpfe in  
6 Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und im Rettungsdienst verstehen wir als  
7 zentrale Auseinandersetzungen der Klassenpolitik und unterstützen sie aktiv. Wo  
8 die Schließung großer Unternehmen mit tragender Funktion für das soziale  
9 Gefüge einer Stadt droht, wollen wir die Belegschaften auch aus den Metropolen  
10 heraus mit aller Kraft unterstützen.

#### **ÄA 22-P01: Ergänzung nach Z142**

**Antragssteller\*in: LAG Migrantische Linke / LINKS\*KANAX**

1 Gerade im Gesundheitsbereich werden wir stärker die Perspektiven von  
2 Beschäftigten und Patient\*innen einbeziehen und die zunehmende  
3 Ökonomisierung sowie Versorgungslücken in den Städten politisch aufgreifen.

#### **ÄA 23-P01: Ergänzung in Z150**

**Antragssteller\*in: LAG Migrantische Linke / LINKS\*KANAX**

1 Strategie ländlicher Raum: Im ländlichen Raum stehen Themen wie ein gut  
2 ausgebauter und kostenfreier ÖPNV sowie den Kampf für eine wohnortnahe  
3 Gesundheitsversorgung im Fokus. Wir setzen uns dabei insbesondere für den  
4 Erhalt von Krankenhäusern, den Ausbau ambulanter Versorgungsstrukturen  
5 sowie eine flächendeckende und bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur ein. Die  
6 Schließung von Kliniken und die Ausdünnung medizinischer Angebote im  
7 ländlichen Raum stellen wir entschieden infrage. Das unterstützen wir durch eine  
8 Arbeitsgruppe "Ländlicher Raum" im Landesvorstand. Gleichzeitig stärken wir

- 9 kommunalpolitische Initiativen. Noch drängender als in den Metropolen braucht es  
10 für eine sinnvolle Arbeit eine klare Fokussierung.

### **ÄA 24-P01: Ersetzen Z150/151**

**Antragsteller\*in: Salih Örtlek (KV Rhein-Hardt), Jochen Lochner (Gemeinderat, KV Rhein-Hardt)**

- 1 ~~Das unterstützen wir durch eine Arbeitsgruppe 'Ländlicher Raum' im~~  
2 ~~Landesvorstand.~~  
3 Wir richten verbindlich eine Arbeitsgruppe 'Ländlicher Raum' beim Landesvorstand  
4 ein. Diese AG erarbeitet innerhalb von neun Monaten einen verbindlichen  
5 Umsetzungsplan für die Stärkung der Partei im ländlichen Raum. Der  
6 Umsetzungsplan umfasst konkrete Ziele, Meilensteine, Ressourcenbedarf sowie  
7 eine Zeitplanung. Er ist vom Landesvorstand zu beschließen und dem nächsten  
8 Landesparteitag zur Kenntnis und Umsetzung vorzulegen. Die AG berichtet auf  
9 jedem Landesparteitag über den Umsetzungsstand.

#### **Begründung:**

Die bisherige Formulierung bleibt unverbindlich und überlässt es der AG, ob und wie sie tätig wird. Gerade im ländlichen Raum braucht es jedoch klare Strukturen und Verantwortlichkeiten, um die strategische Lücke zu schließen. Ein verbindlicher Umsetzungsplan schafft Planungssicherheit, Nachprüfbarkeit und setzt einen politischen Willen voraus.

### **ÄA 25-P01: Ergänzung Z161**

**Antragsteller\*in: LAG Ökologische Plattform Baden-Württemberg, Matthias Böhlinger**

- 1 Gegen Rechtsruck und Faschisierung: wir intervenieren strategisch in AfD  
2 Hochburgen durch das direkte Ansprechen der Menschen an den Haustüren. Wir  
3 vermitteln Wirtschaftspolitik von links.

#### **Begründung:**

Ein Problem: Die Wahlanalyse zeigt (aus BNN Karlsruhe 9.3.26), dass wir Linke zwar bei den weiblichen Erstwählern mit 23,9 % stärkste Kraft sind. Bei den männlichen Erstwählern liegt aber die AfD mit 16,1% vorne. Nur 5,4 % der männlichen Erstwähler würden uns Linke wählen.

Es war auch meine Erfahrung am Infostand, dass viele junge Leute (insbesondere männliche) dem Wirtschaftsliberalismus verfallen sind. Sie glauben der Erzählung, Wohlstand käme nur mit entfesselter Wirtschaft und industriellem Wachstum. Genau mit dem lockt lockt auch die AfD.

2 Jahre ohne Wahlen sind nun die große Chance, im wirtschaftspolitisch rückständigem LÄND für andere Wirtschaftsmodelle zu werben, bei denen Wohlstand nicht über Wachstum und weiteren unmäßig großen Industriegebieten definiert ist.

Grün-Schwarz war und wird ein Desaster für sozial-ökologische Transformation. Grüne haben da Mangel an der Einbringung echter grüner Visionen in die Regierung, da sie entweder bereits mit Kompromissen in Verhandlungen gehen oder die grünen Ziele von vornherein abgestrichen haben und sich wie Özdemir vom grünen Programm und der grünen Jugend distanzieren. Der neue Ministerpräsident will in die Fußstapfen von Kretschmann treten und sich dann ebenso mit CDU-Politik den CDU-Wählern anbieten. Wir Linke sind die echte Vertretung ökologischer Interessen, weil wir uns nicht für kapitalistisch-neoliberale Dogmen verbiegen müssen.

### **ÄA 26-P01: Streichung in Z177**

**Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL):**

- 1 Antifaschistische und migrantische Gruppen, Sozialverbände ~~und häufig auch~~
- 2 ~~kirchliche Gruppen~~ sind für uns wichtige Bündnispartner im Kampf gegen Rechts.

#### **Begründung:**

Wir sehen nicht, dass kirchliche Gruppen im Antifa-Bereich so wichtig sind, dass man sie in einer Aufzählung einfügen muss, die so unvollständig ist, dass z.B. feministische oder queere oder Umweltgruppen (die angesichts des rechten Frauenbilds oder rechter Klimaleugnung viel unmittelbarer betroffen sind) nicht aufgeführt werden.

### **ÄA 27-P01: Ergänzung Z208**

**Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL):**

- 1 Wir treten weiterhin der Behauptung eines ‚importierten Antisemitismus‘
- 2 entgegen, verteidigen unsere migrantischen Mitglieder, wenn sie als (potenziell)
- 3 antisemitisch verunglimpft werden und treten für eine klar palästinasolidarische
- 4 Position der Partei auf allen Ebenen ein.

#### **Begründung:**

Diese Positionierungen sind inhaltlich richtig und Unklarheiten in dieser Frage machen uns verdientermaßen bei (potenziellen) migrantischen Mitgliedern (und nicht nur bei ihnen) unglaubwürdig.

### **ÄA 28-P01: Ergänzung nach Z209**

**Antragsteller\*in: KV Konstanz**

- 1 Wir arbeiten konsequent und öffentlichkeitswirksam an landespolitischen Themen.
- 2 Der verpasste Einzug in den Landtag hat unsere Sichtbarkeit in den Medien
- 3 geschwächt, da wir an parlamentarischen Entscheidungen nicht beteiligt sind.
- 4 Umso wichtiger ist es, deutlich zu machen: Die Linke ist nicht nur zu Wahlen
- 5 präsent, sondern steht auch zwischen den Wahlterminen verlässlich an der Seite
- 6 der Menschen. Dazugehört, politische Entscheidungen, die in Stuttgart getroffen
- 7 werden, konsequent aus linker Perspektive einzuordnen und konkrete
- 8 Alternativen aufzuzeigen. Wir zeigen: Auch außerhalb des Landtags sind wir laut,
- 9 handlungsfähig und eine Kraft, mit der man rechnen muss. Um dies zu erreichen,

10 erarbeitet der Landesvorstand ein Konzept zur stärkeren thematischen  
11 Profilierung und Medienansprechbarkeit. Denkbar ist, dass Mitglieder des  
12 Landesvorstands, analog zum Bundesvorstand, feste Zuständigkeiten für zentrale  
13 Politikfelder übernehmen und bei Medienanfragen zu diesen sprechfähig sind. Der  
14 schrittweise Aufbau dieser Strukturen soll der weiteren Professionalisierung der  
15 Linken dienen.

## **Änderungsanträge P04 – Für eine starke Linke im gesamten Land**

### **ÄA 1-P04: Ersetzen Z63 (S11 Z33)**

Antragsteller\*in: KV Emmendingen

1 ~~Infrastruktur (Räume evtl. Büros, Materialien, Veranstaltungen usw.)~~ Räume  
2 **(insbesondere Büros)**, Materialien, Veranstaltungen usw)

#### **Begründung:**

Büros sind essenziell für die Parteiarbeit und sollten nicht nur ein „eventuell“ sein. Es ist natürlich wichtig, erst irgendwie Räume zu organisieren, aber ein Parteibüro sollte unbedingt ein wichtiges Ziel sein, da Parteiarbeit nicht abhängig von Privathaushalten oder Konsumorten sein sollte.

### **ÄA 2-P04: Ersetzen in Z64 (S11 Z34)**

Antragsteller\*in: KV Emmendingen

1 ~~Mitgliedergewinnung~~ Mitgliedergewinnung **und Mitgliederaktivierung**

#### **Begründung:**

Die Linke hat seit Ende 2024 einen enormen Zuwachs. Statt dass wir uns auf die Gewinnung von neuen Mitgliedern fokussieren, sollten wir den Fokus auf die Aktivierung und Einbindung unseres Zuwachses setzen.

### **ÄA 3-P04: Ergänzung nach Z112 (S12 Z36)**

Antragstellerin: KV Karlsruhe

Wir beantragen folgende Einfügung nach dem Abschnitt 2.3:

1 **2.4 Bereitstellung von Materialien und Hilfen zu aktuellen politischen Themen**  
2 **durch den LV**  
3 Der Landesvorstand stellt mit seinen Kapazitäten zu aktuellen Themen  
4 Aktionspakete bereit. Darin sollen zum Beispiel Druckvorlagen für Flyer,  
5 Infomaterialien, Banner und Sticker, Vorlagen für Pressemitteilungen und  
6 Sharepic-Vorlagen enthalten sein. Dabei wird versucht, möglichst zeitnah parallele  
7 Aktionen landesweit zu organisieren, um möglichst große  
8 Öffentlichkeitswirksamkeit zu erreichen. Damit werden flächendeckende  
9 Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit allen KVs ermöglicht und doppelte Arbeit  
10 vermieden. Wir wollen in großen und kleinen Kreisverbänden aktuelle Politik  
11 kommentieren und möglichst schnell auf das Tagesgeschehen reagieren.

- 12 Der Landesvorstand entwickelt hierzu ein Konzept, wie den Kreisverbänden  
13 möglichst niedrigschwellig ermöglicht wird, ein solches Aktionspaket anzufordern.

**Begründung:**

Zu verschiedensten aktuellen politischen Themen gibt es immer wieder das Bedürfnis Demonstrationen und Öffentlichkeitsarbeit zu machen wie beispielsweise zum Iran-Krieg der USA und Israel. Dazu gibt es leider von der Bundespartei keine Aktionspakete und Hilfen. Deshalb wollen wir eine solche Hilfe etablieren, um den Kreisvorständen und Kreisverbänden Mittel an die Hand zu geben. Damit schafft man es auch in kleineren Kreisverbänden Demos und Veranstaltungen durchzuführen mit vertretbarem Aufwand. Die Hauptamtlichen Struktur im Landesverband kann dabei tragende Rolle in der Umsetzung sein.

**ÄA 4-P04: Ergänzung nach Z141 (S13 Z22)**

**Antragsteller\*in: Salih Örtlek (KV Rhein-Hardt), Jochen Lochner (Gemeinderat, KV Rhein-Hardt)**

- 1 5. Verbindliche Arbeitsgruppe „Ländlicher Raum“ Der Landesvorstand initiiert und  
2 gründet eine Arbeitsgruppe „Ländlicher Raum“, die die volle Unterstützung des  
3 Landesvorstands hat und die in den Abschnitten 1 bis 4 genannten Punkte  
4 systematisch angeht.  
5  
6 Falls AG nötig hält, benennt jeder Kreisverband eine verantwortliche Person, um  
7 den Prozess abzustimmen und inhaltlich mitzuarbeiten.  
8  
9 Diese AG erarbeitet innerhalb von elf Monaten einen verbindlichen  
10 Umsetzungsplan für die Stärkung der Partei im ländlichen Raum. Der  
11 Umsetzungsplan umfasst konkrete Ziele, Meilensteine, Ressourcenbedarf sowie  
12 eine Zeitplanung. Er ist vom Landesvorstand zu beschließen und dem nächsten  
13 Landesparteitag zur Kenntnis und Umsetzung vorzulegen. Die AG berichtet auf  
14 jedem Landesparteitag über den Umsetzungsstand, dies nächsten 5 Jahren.

**Begründung:**

Die bisherige Formulierung in P04 bleibt unverbindlich und überlässt es dem Landesvorstand, ob und wie Maßnahmen umgesetzt werden. Gerade im ländlichen Raum braucht es klare Strukturen und Verantwortlichkeiten.

**ÄA 5-P04: Ergänzung nach Z171 (S14 Z9)**

**Antragsteller\*in: KV Calw-Freudenstadt**

- 1 **5 Fahrtkostenregelung**  
2 Der Landesverband stellt sicher, dass ehrenamtliche politische Arbeit nicht zu  
3 einer finanziellen Belastung für Mitglieder führt. Die Erstattung von Fahrtkosten für  
4 parteiliche Tätigkeiten wird daher auf 0,38 € pro Kilometer angehoben.  
5 Zukünftig soll sich die Höhe der Fahrtkostenerstattung dynamisch an der jeweils  
6 gültigen Pendlerpauschale orientieren.

### **Begründung:**

Gerade im ländlichen Raum sind Genoss\*innen in besonderem Maße auf das Auto angewiesen, da öffentliche Verkehrsmittel häufig unzureichend ausgebaut sind oder nicht praktikabel genutzt werden können. Dies betrifft insbesondere parteiliche Tätigkeiten wie Infostände, Veranstaltungen oder das Plakatieren im Wahlkampf, bei denen oft größere Distanzen zurückgelegt werden müssen. Die bisherige Erstattung von 0,20 € pro Kilometer deckt die realen Kosten nicht annähernd ab. Dies führt dazu, dass Mitglieder im ländlichen Raum ihre ehrenamtliche politische Arbeit faktisch aus eigener Tasche mitfinanzieren müssen.

Das ist weder sozial noch im Sinne einer solidarischen Partei akzeptabel. Politisches Engagement darf nicht vom Geldbeutel oder Wohnort abhängen. Eine Anpassung auf das Niveau der Pendlerpauschale sowie eine zukünftige dynamische Kopplung stellt sicher, dass die Regelung:

- realitätsnah bleibt
- planbar ist
- und strukturelle Benachteiligungen des ländlichen Raums reduziert

So wird ein konkreter Beitrag geleistet, um gleichwertige Bedingungen für politische Arbeit in Stadt und Land zu schaffen.

## **Änderungsantrag P06-Gegen Doppelstandards und Hexenjagden**

### **ÄA 1-P06: Z39-41 (S16 Z39-S17 Z2) + Z49-52 (S17 Z10-13)**

Antragssteller\*in: KV Mannheim

S.16 Z.39 – S.17 Z.2

1 ~~Ein Klima der Hexenjagd, wie es gerade von manchen pro-israelischen Mitgliedern~~  
2 ~~gefördert wird, wäre für die Partei tödlich. Wir dürfen das nicht aufkommen~~  
3 ~~lassen.~~ Ein toxisches Klima wie sich von manchen pro-israelischen Mitgliedern  
4 gefördert wird, ist parteischädigend und ist zutiefst unsolidarisch.

5 S.17, Z. 10-13

6 ~~Wir fordern daher den Landesvorstand Baden-Württemberg dazu auf, sich~~  
7 ~~gegenüber dem Landesverband Thüringen für die Rücknahme der Suspendierung~~  
8 ~~von Martha Chiara Wüthrich einzusetzen und stattdessen auf politische Klärung~~  
9 ~~und innerparteiliche Vermittlung zu drängen.~~ Wir fordern von allen Mitgliedern des  
10 Landesverband Baden-Württemberg sich zu solidarisieren im Land und auf  
11 Bundesebene. Darüber hinaus fordern wir die Landesschiedskommission des  
12 Landesverbandes Baden-Württemberg dazu auf, ein solches Klima in Baden-  
13 Württemberg durch die eigene Arbeits- & Verhaltensweise zu verhindern und auf  
14 eine innerparteiliche Vermittlung und politische Klärung zu bestehen.

### **Begründung:**

Das Wort Hexenjagd ist sehr polemisch und sehr unpräzise und öffnet Tür und Tor für Fehlinterpretation. Das Wort tödlich ist auch unpassend eine Partei kann nicht getötet werden. Landesvorstände eines Landesverbands sollten grundsätzlich

keinen Einfluss auf andere Landesvorstände oder Landesschiedskommissionen nehmen. Nichtsdestotrotz ist die Kernaussage des Antrags richtig und wir möchten uns mit diesem solidarisieren. Außerdem rufen wir dazu den offenen Brief zu Marthas Verfahren zu unterschreiben.

## **Änderungsantrag P07- Solidarische Verpflegung auf offiziellen Veranstaltungen des Landesverbandes Baden-Württemberg – Vegan als Standard**

### **ÄA 1-P07: Ersetzungsantrag**

Antragsteller\*in: LAG Ökologische Plattform Baden-Württemberg, Matthias Böhringer

- 1 Die LAG Ökologische Plattform wünscht statt der Einschränkung auf pflanzliche
- 2 Verpflegung bei Veranstaltungen der Linke eine möglichst biologisch und
- 3 kleinbäuerlich erzeugtes Angebot. Dies beinhaltet auch eine Ernährung mit
- 4 Milchprodukten und mit Produkten von Metzgereien.
- 5 Lebensmittel von Großstrukturen und Milliardärskonzernen wie der Schwarz-
- 6 Gruppe sollen möglichst nicht bezogen werden. Entsprechend wird der Antrag
- 7 geändert in:
- 8 Die Delegierten der 1. Tagung des 10. Landesparteitages mögen beschließen,
- 9 dass die zur Verfügung gestellten Lebensmittel auf offiziellen
- 10 Parteiveranstaltungen des Landesverbandes Baden-Württemberg möglichst
- 11 biologisch und kleinbäuerlich erzeugt sind. Dies beinhaltet auch eine Ernährung
- 12 mit Milchprodukten und mit Produkten von Metzgereien. Lebensmittel von
- 13 Großstrukturen und Milliardärskonzernen wie der Schwarz-Gruppe sollen
- 14 möglichst nicht bezogen werden.

### Begründung

Bei der Fokussierung auf pflanzliche Ernährung wegen Ausbeutung von Tieren und Diskriminierung von Veganern gerät die Förderung der ökologisch-kleinbäuerlichen Landwirtschaft aus dem Blick. Auch vegane Lebensmittel sind nicht vor Ausbeutung von Natur und Mensch und Tötung von Tieren gefeit. Der Einsatz von Pestiziden findet weiterhin statt.

Das System Dieter Schwarz mit LIDL und Kaufland der Schwarz-Gruppe ist geprägt von Ausbeutung der Erzeuger, Massenproduktion, miserable Bedingungen für Tiere, Pflanzen, Böden, Umwelt. Alles für den Profit, alles um möglichst viel aus Natur und Mensch für die Milliardengewinne herauszuquetschen.

Die Umstellung der Ernährung auf höhere Gemüse-, Obst-, und Hülsenfrüchteanteile ist richtig und wichtig. Das schwarz-weiß Denken böses Fleisch, gutes Gemüse ist jedoch falsch (Bspl Sterben des Mar Menor durch durch Eintrag von Düngemitteln und Pestiziden für Billiggemüse, hoher Einsatz bei Sonderkulturen auch in Baden-Württemberg). Der Wechsel von billigem Fleisch, Wurst, Käse, Butter, Milch aus Massentierhaltungen zur pflanzliche Ernährung lässt die nützliche kleinbäuerliche Tierhaltung links liegen. Dabei braucht es Mist für die Insekten. Weidehaltung mit angepasster Anzahl Tiere fördert mit Biss, Schiss und Tritt die Biodiversität. Es muss nicht zuletzt auch die Möglichkeit für Genoss\*innen geben, nicht industriell und nicht hochverarbeitete Lebensmittel zu konsumieren. Ein Beispiel für eine große Täuschung sind Champignons von „Pilzland“ des Geflügelschlächters Wiesenhof bei Schwaigern im Landkreis Heilbronn, die mit Hühnergülle aus Massentierhaltung ernährt werden.

[<https://www.kontextwochenzeitung.de/wirtschaft/696/die-champignons-9670.html>, Gülle von Wiesenhof für Champignons in Schwaigern]

In der Landesinfo vom 2.12.2025 leitet die LAG Tierschutz aus dem Ziel Sozialismus die Befreiung des Tieres ab. Ausbeutung habe keinen Platz, egal ob gegenüber Mensch und Tier. Tierbefreiung werde als Teil einer Befreiungspolitik verstanden. Ausbeutung von Tieren sei Ausdruck kapitalistischer Machtverhältnisse. Profit werde über Leben gestellt. Tierindustrie sei Treiber der Klimakrise.

In dieser Aufzählung findet keinerlei Differenzierung statt. Das entspricht nicht dem Anspruch unserer Partei. Die Bäuerliche Landwirtschaft ist kein Repräsentant kapitalistischer Machtverhältnisse, sondern kämpft oft gegen diese an , wie etwa gegen die Schwarz-Gruppe, Aldi, REWE, Edeka. Die Ausbeutung von Mensch, Tier und Natur insbesondere durch die Systeme Schwarz-Gruppe und ALDI wird von der LAG Tierschutz nicht herausgestellt. Die Ökologisch-kleinbäuerliche Landwirtschaft trägt zur Biodiversität bei, ist bei Kreislaufwirtschaft Klimaschutz. Respektiert das Tier. Bei der Forderung von tierleidfreien Standards vermisst die LAG Ökologische Plattform ein Wort zu Pestiziden.

## **ÄA 2-P07: Ergänzung Z6-8 (S18 Z6-8)**

**Antragssteller\*in: KV Mannheim**

- 1 Die Delegierten der 1. Tagung des 10. Landesparteitages mögen beschließen,
- 2 dass die zur Verfügung gestellten Lebensmittel auf offiziellen
- 3 Parteiveranstaltungen des Landesverbandes Baden-Württemberg standardmäßig
- 4 pflanzlich sind, **insofern dies keinen erheblichen finanziellen Mehraufwand für den**
- 5 **Landesverband darstellt.**

## **ÄA 3-P07: Ergänzung Z4-8 (S18 Z4-8)**

Antragssteller\*in: KV Ortenau

- 1 Die Lebensmittel werden durch entsprechende Beschilderung als pflanzlich
- 2 markiert. Alternativ wird durch ein allgemeines Hinweisschild am Ort der
- 3 Verpflegungsausgabe auf den pflanzlichen Standard hingewiesen.

### **Begründung:**

Die Ergänzung unterstützt insbesondere Neumitglieder bzw. Mitglieder, die erstmalig an einer Parteiveranstaltung des Landesverbandes teilnehmen und nicht jeden vom LPT verabschiedeten Beschluss kennen. Gleichzeitig entlastet sie Genoss\*innen, die vor Ort als Ansprechpartner\*innen fungieren sowie Mitarbeiter\*innen des Caterings, da die Regelung ohne Nachfrage für alle ersichtlich ist

## **Änderungsanträge P08 - Nein zu generativer KI – Menschliche Kreativität fördern**

### **ÄA 1-P08: Ersetzung Z9/10**

Antragssteller\*in: Andre Dörr (KV Stuttgart)

- 1 Doch vor allem machen wir uns immer weiter von großen Techkonzernen
- 2 abhängig, Konzerne wie OpenAI, Google etc. ~~bekommen immer mehr Kontrolle~~
- 3 ~~über uns und besonders über unser Denken~~ bekommen immer mehr Kontrolle und
- 4 Macht über die Arbeiterklasse.

### **Begründung:**

Die ursprüngliche Formulierung ist zu undifferenziert. Der Einfluss algorithmischer Systeme (z.B. in sozialen Medien) ist real und politisch relevant. Eine direkte Kontrolle über das Denken lässt sich jedoch nicht belegen.

### **ÄA 2-P08: Ersetzung Z13/14**

Antragssteller\*in: Andre Dörr (KV Stuttgart)

- 1 ~~Oft basiert KI-generierte Kunst aus gestohlenen Werken echter Künstler\*innen.~~
- 2 ~~Das ist nicht hinnehmbar~~ Die für KI-Modelle genutzten Trainingsdaten bestehen
- 3 zu großen Teilen aus kollektiv erzeugten Daten und Informationen von Milliarden
- 4 von Menschen. Große Tech-Unternehmen eignen sich diese an, um Profit aus
- 5 einem kollektiven Gut zu erwirtschaften.

### **Begründung:**

Die Formulierung „gestohlen“ greift zu kurz und verdeutlicht nicht die strukturelle Problematik. Es handelt sich um eine private Aneignung von kollektiv geschaffenen Inhalten.

### **ÄA 3-P08: Ersetzen Z13/14**

Antragsteller\*in: KV Emmendingen

- 1 ~~Oft basiert KI-generierte Kunst aus gestohlenen Werken echter Künstler\*innen.~~  
2 ~~Das ist nicht hinnehmbar~~ Oft basiert KI generierte Kunst auf Werken echter  
3 Künstler\*innen **ohne deren Einverständnis oder Entlohnung**. Das ist nicht  
4 hinnehmbar.

#### **Begründung:**

Der Diebstahlbegriff im Kontext von unerlaubten digitalen Kopien ist irreführend und wurde vor allem durch die großen Konzerne der US-Medienbranche geprägt. Um es an einem Beispiel deutlich zu machen: Die gestohlene Kunst aus der Kolonialzeit im British Museum ist nicht mehr in ihrem Ursprungsland, ein kopiertes digitales Kunstwerk ist hingegen weiter im Besitz des/der Künstler\*in. Es geht uns also um die Entlohnung, die ausbleibt. Daher sollten wir uns differenzierter ausdrücken.

Insbesondere, da die Linke ein anderes Urheberrecht anstrebt, das nicht-kommerzielle Kopien generell erlaubt, ist es wichtig klarzustellen, dass es hier um die Entlohnung für kommerzielle Kopien geht.

#### **ÄA 4-P08: Ersetzen Z17-19**

**Antragssteller\*in: Andre Dörr (KV Stuttgart)**

- 1 ~~1. Die Linke Baden-Württemberg lehnt den Einsatz von generativer künstlicher~~  
2 ~~Intelligenz, umgangssprachlich oftmals lediglich als „KI“ bezeichnet, zur~~  
3 ~~Erstellung von Inhalten für die Öffentlichkeitsarbeit konsequent ab.~~  
4 1. Die Linke Baden-Württemberg fordert die Vergesellschaftung sowie eine  
5 umfassende öffentliche Förderung der KI-Entwicklung und ihrer  
6 Infrastruktur in Deutschland. Das Internet als Grundlage moderner KI-  
7 Systeme ist maßgeblich durch staatliche Förderung und universitäre  
8 Forschung entstanden und stellt ein Allgemeingut dar. Auch die im Internet  
9 verfügbaren Daten sind größtenteils kollektiv erzeugt. Da diese kollektiven  
10 Ressourcen die Basis heutiger KI-Systeme (Infrastruktur und trainierte  
11 Modelle) bilden, ist es folgerichtig, auch KI als öffentliches Gut zu  
12 behandeln. Gleichzeitig ist eine verstärkte Förderung von Kunst und Kultur  
13 im digitalen Wandel notwendig, um kreative Arbeit zu sichern und  
14 weiterzuentwickeln.

#### **Begründung:**

Eine undifferenzierte Ablehnung technologischen Fortschritts ist politisch nicht zielführend und entspricht nicht der gesellschaftlichen Realität. Künstliche Intelligenz ist bereits breit im Einsatz und wird nicht verschwinden. Ziel muss daher die demokratische Gestaltung, nicht die pauschale Ablehnung sein.

#### **ÄA 5-P08: Ersetzen Z22/23**

**Antragssteller\*in: Andre Dörr (KV Stuttgart)**

- 1 2. Der Landesverband von Die Linke Baden-Württemberg sowie alle zugehörigen  
2 Kreisverbände verpflichten sich, in ihren öffentlichen Publikationen (z.B. Social

3 Media, Flyer, Pressemitteilungen, Webseiten) keinerlei durch generative KI  
4 erzeugte Medien (Bilder, Videos, ~~Texte~~, Audio) zu verwenden. **KI generierte Texte**  
5 **dürfen ausschließlich unterstützend eingesetzt werden und sind als solche**  
6 **transparent zu kennzeichnen.** Wir erwarten von unseren Vorstandsmitgliedern,  
7 Mandatsträger:innen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene,  
8 Kandidierenden sowie Funktionär:innen, dass sie in ihrer politischen  
9 Kommunikation auf den Einsatz generativer KI verzichten. Politische  
10 Kommunikation muss Ausdruck menschlicher Auseinandersetzung und Kreativität  
11 bleiben. Wir fördern stattdessen die Zusammenarbeit mit realen Künstler:innen,  
12 Illustrator:innen und Fotograf:innen sowie die Nutzung von Open-Source-  
13 Ressourcen und freien Lizenzen (z. B. Creative Commons).

#### **Begründung:**

Eine Differenzierung nach Gefahrenlage ist notwendig: Bild-, Video- und Audioinhalte wirken unmittelbar emotional und sind bereits heute schwer als KI-generiert zu erkennen. Sie bergen daher ein erhöhtes Risiko für Framing, Desinformation und Manipulation.

Texte hingegen sind stärker argumentativ geprägt, besser überprüfbar und können transparent gekennzeichnet werden. Darüber hinaus ermöglichen KI-generierte Texte beispielsweise eine schnelle Übersetzung in verschiedene Sprachen und tragen so zur besseren Zugänglichkeit politischer Inhalte bei. KI darf keine Menschen ersetzen, kann jedoch als Werkzeug zur Unterstützung und Effizienzsteigerung dienen. Gerade im ehrenamtlichen Kontext ermöglicht der Einsatz von KI eine erhebliche Zeitersparnis, die für politische Arbeit und den direkten Kontakt mit Menschen genutzt werden kann.

## **Änderungsanträge P09 - Der Jugend eine Zukunft!**

### **ÄA 1-P09: Ergänzung nach Z34 + Z36**

#### **Antragssteller\*in: KV Ortenau**

- 1 Vielerorts wurden Verwarnungs- und Bußgelder gegen Schüler:innen verhängt.
- 2 Um hier konkret zu helfen, wollen wir diese für die streikenden Schüler:innen aus
- 3 unseren Geldern erstatten.
- 4 **Die MdBs des Landesverbandes übernehmen die finanzielle Unterstützung.**
- 5 Vor Ort wollen wir den Streikkomitees unsere Unterstützung anbieten, indem wir
- 6 Räume zur Koordinierung bieten und Ordner:innen stellen.
- 7 **Wo möglich unterstützen wir die Sanktionierten juristisch, indem wir Kontakt zum**
- 8 **Rote Hilfe e.V. vermitteln.**

#### **Begründung:**

Zu 1.: Die Übernahme der finanziellen Unterstützung durch unsere MdBs ermächtigt Jugendlichen, gegen die Wehrpflicht zu demonstrieren. Die LINKE zeigt damit ihre Unterstützung für Anliegen der Bevölkerung und unterstreicht den Nutzen, den sie in parlamentarischer Beteiligung bietet. Dies trägt positiv zur gesellschaftlichen Wahrnehmung unserer Partei bei. Gleichzeitig schafft diese Regelung Transparenz bei der Deckelung der Diäten, die damit einem konkreten Zweck zugeführt werden.

Zu 2.: Selbst bei Übernahme der finanziellen Sanktionen stellt die juristische Verfolgung durch den Staat immer noch eine hohe Belastung dar, insbesondere für Jugendliche. Da wir als Partei aber keine Rechtsberatung vor Ort garantieren können, verweisen wir auf bewährte Strukturen, die in der Lage sind, bei Bedarf mit Sachkenntnis unterstützen

## **Änderungsanträge P 10 – Wir wollen verändern, nicht regieren!**

### **ÄA 1-P10: Ersetzen Z16**

**Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL):**

- 1 Die Partei strebt keine Beteiligung an ~~Regierungen an~~ **Regierungen mit**
- 2 **prokapitalistischen Parteien an, die sich den kapitalistischen ‚Sachzwängen‘**
- 3 **beugen**, da dies bedeutet, zentrale programmatische Positionen aufzugeben oder
- 4 Kompromisse einzugehen, die den politischen Kern unserer Ziele entleeren.
- 5
- 6 **Begründung:**
- 7 Wir freuen uns über den Antrag sehr, weil wir den Kampf gegen Illusionen in
- 8 „Regierungssozialismus“ für sehr wichtig halten. Wir sollten aber nicht in den
- 9 Fehler verfallen, statt dessen Illusionen in das Ausmaß zu schüren, in dem durch
- 10 Druck von außen auf kapitalistische Regierungen Veränderungen erzielt werden
- 11 können.

### **ÄA 2-P10: Ergänzung nach Z23**

**Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL)**

- 1 1. **Unser Ziel ist die sozialistische Umgestaltung der wirtschaftlichen und**
- 2 **politischen Machtverhältnisse durch Massenbewegungen von unten.**
- 3 **Zentral dafür ist die Überführung der marktbeherrschenden Unternehmen in**
- 4 **Gemeineigentum unter demokratischer Verwaltung und Kontrolle.**

#### **Begründung:**

Wenn wir weder Illusionen in Regierungssozialismus noch in Druck auf kapitalistische Regierungen schüren wollen (s.o.), müssen wir die Alternative benennen.

### **ÄA3-P10: Ergänzung nach Z. 28**

**Antragssteller\*in: KV Ulm**

- 1 **Darüberhinaus bietet der Landesverband nach innen wie nach außen politische**
- 2 **Bildungs- und Aufklärungsangebote zur Oppositionsarbeit und zur Notwendigkeit**
- 3 **der Oppositionsarbeit an.**

## **Änderungsanträge P 16**

### **4 ÄA1-P16: Ergänzung**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Antrag P16 wird um den Punkt 7 ergänzt:

- 1 Die Neueinführung von Software und die Einführung digitaler Prozesse wird mit
- 2 dem/der Landesinklusionsbeauftragten abgestimmt, um sicherzustellen, dass
- 3 nicht neue Barrieren eingeführt werden. Eventuelle Einsprüche des/der
- 4 Landesinklusionsbeauftragten werden konsensual gelöst. Es wird grundsätzlich
- 5 immer auch ein analoger Weg der Beteiligung ermöglicht.

Begründung:

Wir machen Politik für alle, nicht nur für digital lebende Menschen. Deswegen müssen wir immer auch den analogen Weg gleichberechtigt denken und praktizieren. Die Verpflichtung zum Konsens bei Einsprüchen soll nicht ev. vorhandene Rechte des/der Landesinklusionsbeauftragten beschneiden, sondern sicherstellen, dass alle Beteiligten in einem ehrlichen und offenen Austauschprozess die beste Lösung für die Partei und die Menschen, mit denen wir Politik machen wollen, erarbeiten.

## **Änderungsanträge G01 – Zivilgesellschaft schützen**

### **ÄA 1-G01: Ergänzung Z11**

**Antragssteller\*in: LAG Migrantische Linke / LINKS\*KANAX, KV Ulm**

- 1 Auch im Baden-Württembergischen Landtag gab es bereits eine kleine Anfrage
- 2 zur „Politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen“. Auf kommunaler
- 3 Ebene werden beim Programm „Demokratie leben“ wie in Bitterfeld-Wolfen
- 4 Stellenanteile gekürzt. Aber Angriffe gibt es nicht nur seitens der AfD. Auch die
- 5 CDU versuchte bereits mit Anfragen NGOs öffentlich zu diskreditieren.

### **ÄA 2-G01: Ergänzung Z11**

**Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL)**

- 1 In den letzten zweieinhalb Jahren hat die Repression gegen die
- 2 Palästinasolidarität massiv zugenommen. Kürzlich machte die Streichung linker
- 3 Buchhandlungen von der Preisträgerliste des deutschen Buchhandlungspreises
- 4 durch den Kulturstaatsminister der Merz-Klingbeil-Regierung Schlagzeilen.

**Begründung:**

Im Antrag P01 heißt es zurecht „Den Kampf gegen den Rechtsruck begreifen wir nicht nur als Kampf gegen die AfD, sondern allgemein gegen die Verbreitung menschenverachtender, demokratiefeindlicher und autoritärer Ideen, auch in den Parteien einer immer radikaler werdenden Mitte.“ Deshalb ist es irreführend, sich

hier nur auf die AfD zu beziehen und dadurch Illusionen in die demokratische Zuverlässigkeit der Parteien von CDU/CSU bis Grünen zu schüren.

### **ÄA 3-G01: Ersetzen in Z14/15**

**Antragssteller\*in: LAG Migrantische Linke / LINKS\*KANAX, KV Ulm**

- 1 Eine starke Zivilgesellschaft ~~ist das Rückgrat unserer Demokratie~~ ist das
- 2 Fundament für Gesellschaftliche Selbstbestimmung und politische Teilhabe.

### **ÄA 4-G01: Ersetzen in Z14/15**

**Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL)**

- 1 Eine starke Zivilgesellschaft ist wesentlich, um unsere demokratischen Rechte zu
- 2 verteidigen und auszuweiten.

#### **Begründung:**

Die in Deutschland bestehende Demokratie ist eine bürgerliche Demokratie. Das bedeutet, dass das Privateigentum an den wichtigen Produktionsmitteln ihre Grundlage ist, dass deshalb demokratische Rechte und noch mehr reale demokratischen Möglichkeiten (siehe z.B. die Rolle von Großkonzernen in den Medien) eingeschränkt sind, obendrein Millionen Menschen mit Migrationshintergrund nicht einmal diese bescheidenen Rechte haben. Wir müssen natürlich die hier bestehenden demokratischen Rechte verteidigen. Aber unsere Demokratie als demokratischen Sozialist:innen müssen wir erst noch erkämpfen.

### **Änderungsanträge G02 - Konnexitätsprinzip einhalten – Kommunalfinzen stabilisieren**

#### **ÄA 1-G02: Streichung Z. 11-28**

- 1 Punkt 3., Zeilen 11 bis 28 streichen.

#### **Begründung:**

Die durchaus richtige Forderung zur Einhaltung des Konnexitätsprinzips steht nicht in einem kausalen Zusammenhang mit den kommunalen Steuern und Abgaben. Die aufgrund der Missachtung dieses Prinzips in Schieflage geratenen Kommunalfinzen dürfen nicht durch Einnahmen kompensiert werden, welche wiederum die Ärmsten treffen.

Insbesondere Abgaben wie die Verpackungssteuer oder Parkgebührensatzungen sind zunächst auf ihre sozialen Auswirkungen zu überprüfen. In Freiburg z. B. steht eine Evaluierung der Anfang 2026 eingeführten Verpackungssteuer noch aus. Evaluert werden die Wirksamkeit der Steuer, die Praktikabilität und Akzeptanz sowie die sozialen Auswirkungen.

Die unter Punkt 3 genannten Maßnahmen sollten zunächst durch die unter Punkt 4 geforderte Task-Force auf Wirksamkeit und soziale Auswirkungen überprüft werden. Der Antrag nimmt in Punkt 3 die Ergebnisse der zu gründenden Arbeitsgruppe vorweg.

## **ÄA 2-G02: Ergänzung nach Z28**

Antragsteller\*in: KV Karlsruhe

- 1       • **Ablehnung der kommunalen Haushalte, bis die systematische**
- 2       **Unterfinanzierung der Kommunen beendet ist und solange mit**
- 3       **Kürzungen im sozialen, Bildung, personellen und kulturellen Bereich zu**
- 4       **rechnen ist.**
- 5       • **Kontaktaufbau und Unterstützung lokaler Initiativen die sich gegen den**
- 6       **Sozialabbau der Kommunen stellen**

### **Begründung:**

Die systematische Unterfinanzierung der Kommunen lässt sich nicht weiter nur mit Appellen und Kritik an der Regierung beenden. Es braucht konkrete Handlungen. Wir dürfen uns nicht weiter den Drohgebärden der Regierung und der Regierungspräsidien unterwerfen. In Karlsruhe ist selbst nach den Einsparungen von jährlich 80 Millionen erneut ein Haushaltsloch von weiteren 60 Millionen aufgegangen. Das lässt sich nicht mit kleineren Maßnahmen und lokal anpassbaren Steuern füllen. Wir können mit unseren begrenzten Mitteln den Untergang von sozialen und kulturellen Angeboten in den Kommunen zwar verlangsamen, aufzuhalten ist er so aber nicht. Es braucht ein deutliches Signal aus den Kommunen. Deshalb plädieren wir für ein kollektives Handeln, das über Worte hinaus geht aus allen Kommunen. Protestaktionen in Karlsruhe und die Reaktionen darauf haben gezeigt: Die anderen Parteien haben Angst, denn sie wissen, dass ihr Handeln es nicht verbessern wird und sie Unterstützung verlieren. Ein Aufrechterhalten der Misere ist nicht zu vermitteln. Auch konnten wir in Karlsruhe zeigen, dass trotz angekündigter Ablehnung Verbesserungen mit anderen Fraktionen erreicht, werden konnten.

## **ÄA 3-G02: Ergänzung Z5**

Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL)

- 1       1. Wir kritisieren die grün-schwarze Landesregierung **und die**
- 2       **Bundesregierung** für die fortgesetzte Nichteinhaltung des
- 3       Konnexitätsprinzips und die unzureichende finanzielle Ausstattung der
- 4       Kommunen bei Aufgabenübertragungen.

**Begründung:** Die machen das auch

## **ÄA 4-G02: Ersetzen Z8 + Streichung in Z10**

Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL)

- 1       Wir machen öffentlichkeitswirksam deutlich: ~~Das zentrale Problem~~ Ein zentrales
- 2       **Problem** der kommunalen Haushaltslage ist ein strukturelles Einnahmenproblem
- 3       infolge mangelnder Konnexität ~~—nicht primär ein „Ausgabenproblem“ der~~
- 4       ~~Kommunen.~~

### **Begründung:**

Die Formulierung ist zu einseitig. Es gibt auch Einnahmelücken durch z.B. einbrechende Gewerbesteuerereinnahmen. Kommunen brauchen auch Geld für gesellschaftlich sinnvolle Ausgaben, die nicht von Bund oder Land bestellt sind. Wir sollten Ausgaben z.B. für Prestigeprojekte als Grund für Finanzprobleme nicht kleinreden.

### **ÄA 5-G02: Streichung in Z13**

**Antragssteller\*in: KV Ortenau, Antikapitalistische Linke (AKL)**

- 1 Prüfung einer ~~maßvollen~~ Anhebung des Gewerbesteuer-Hebesatzes
- 2 (Gewerbesteuer fällt nur bei Gewinnen an; keine automatische
- 3 Abwanderung/Insolvenzfolge).

### **Begründung:**

Als Partei des demokratischen Sozialismus sollte Die LINKE, sobald sie einem Parlament an10 gehört, alle im real existierenden Kapitalismus möglichen Maßnahmen ausschöpfen, um die Akkumulation von Kapital einzugrenzen und Unternehmensvermögen der Allgemeinheit und demokratischen Verwaltung zukommen zu lassen. Das Adjektiv ‚maßvoll‘ schränkt dabei das Ergebnis einer Prüfung einer Anhebung des Gewerbesteuer-Hebesatzes unnötig ein.

Angesichts der Finanzlage vieler Kommunen und der gesellschaftlichen Aufgaben, wird „maßvoll“ oft nicht ausreichen

### **ÄA 6-G02: Streichung Z19-20**

**Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL)**

- 1 ~~• Einführung einer kommunalen Verpackungsabgabe auf~~
- 2 ~~Einwegverpackungen nach Vorbild Tübingen und Freiburg.~~

### **Begründung:**

Eine solche Abgabe geht vor allem auf Kosten der Verbraucher\*innen.

## **Änderungsanträge G03 - Sicherheit für die Menschen statt Vaterlandsverteidigung**

### **ÄA 1- G03 – Ersetzung Z. 7-9**

**Antragssteller\*innen: Rudolf Bürgel, Sander Frank, Isabell Fuhrmann, Sahra Mirow, Sabine Skubsch, Amelie Vollmer, Anne Zerr**

- 1 **Wir lehnen Sanktionen ab, die der Realisierung von Völkerrecht,**
- 2 **Menschenrecht und UN Sozialpakt im Weg stehen.**
- 3 gestrichen werden soll: *Wir lehnen Sanktionen ab, solange sie nicht von*
- 4 *gewerkschaftlichen oder sozialen Massenorganisationen des von Sanktionen*

5 *betroffenen Landes (wie in Südafrika unter dem Apartheidregime) gefordert*  
6 *werden.*

### **ÄA 2-G03: Ergänzung Z8**

**Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL)**

1 Wir werden das Jahr 2026 dazu nutzen, gemeinsame mit Gewerkschaften,  
2 Kirchen, zivilgesellschaftlichen Initiativen, Vereinen und antifaschistischen  
3 friedensbewegten Menschen aus anderen Parteien am Aufbau einer starken  
4 Friedensbewegung mitzuwirken. *Wenn Aufrufe von breiten Bündnissen nur den*  
5 *kleinsten gemeinsamen Nenner widerspiegeln, werden wir unsere*  
6 *weitergehenden Positionen, wie sie in diesem Antrag zum Ausdruck kommen, in*  
7 *eigenem Material wie eigenen ergänzenden Demoaufrufe zu gemeinsamen Demos*  
8 *etc. verbreiten.* Die Schüler\*innen, die im Dezember und März gegen die  
9 Wehpflicht gestreikt haben, machen uns Hoffnung.

#### **Begründung:**

Breite Bündnisse sind wichtig, aber sie dürfen nicht zu Zensur führen. Wenn Aufrufe zu unbestimmt sind, kann das demobilisierend wirken. Wir beschließen unsere Positionen nicht, um sie abzuheften, sondern um sie zu verbreiten.

### **ÄA 3-G03: Ergänzung Z19**

**Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL)**

1 Unsere Sicht ist nicht die der Konzerne, die Sicherheit nur in Bezug auf ihre  
2 Handelswege *Rohstoffe und Absatzmärkte* interessiert. *Unsere Sicht ist nicht die*  
3 *der Kapitalist\*innen, für die der Krieg die Fortsetzung des kapitalistischen*  
4 *Konkurrenzkampfs mit anderen Mitteln ist. Unsere Sicht ist nicht die von*  
5 *Politiker:innen, die der Beginn und das Ende von Kriegen nur unter dem*  
6 *Blickwinkel interessiert, ob Geflüchtete wieder abgeschoben werden können.*

#### **Begründung:**

Handelswege enden irgendwo. Was am Ende der Handelswege liegt, interessiert die Konzerne auch.  
Den Zusammenhang zwischen Krieg und Kapitalismus muss man so deutlich wie möglich betonen. Der zweite Punkt dürfte nach dem Staatsbesuch von Al Scharaa aka Al Jolani klar sein.

### **ÄA 4-G03: Ergänzung nach Z38 (S40 Z6)**

**Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL)**

- 1 • Wir lehnen Rüstungsexporte – insbesondere in Kriegsgebiete – ab.  
2 • *Wir lehnen die Umstellung von ziviler Produktion in Rüstungsproduktion ab.*  
3 *Statt dessen fordern wir die Überführung der Rüstungsindustrie in*  
4 *öffentliches Eigentum und ihre Umstellung auf gesellschaftlich sinnvolle und*  
5 *umweltverträgliche Produktion und Produkte ohne Arbeitsplatz- oder*  
6 *Lohnverlust.*

- 7 • Wir lehnen Sanktionen ab, solange sie nicht von gewerkschaftlichen oder  
8 sozialen Massenorganisationen des von Sanktionen betroffenen Landes  
9 (wie in Südafrika unter dem Apartheidregime) gefordert werden.

**Begründung:**

Wenn wir gegen Auf- und für Abrüstung und gegen Rüstungsexporte sind, sollten wir auch sagen, was aus der Rüstungsindustrie und deren Beschäftigten wird.

**ÄA 5-G03: Ergänzung nach Z50 (S40 Z18)**

**Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL)**

- 1 Wir fordern alle unsere Mandatstragenden im EU-, Bundes und in den15  
2 Länderparlamenten auf, keinen Gesetespaketen zuzustimmen, die Gelder zur16  
3 Aufrüstung bewilligen oder Waffenlieferungen, Rüstungsexporten oder17  
4 Sanktionen ermöglichen. **Wir fordern sie statt dessen auf, sich für massive**  
5 **Abrüstung einzusetzen.**

**Begründung:**

Die Linke lehnt zurecht Aufrüstung ab. Es ist aber inkonsequent, nicht die Rücknahme von vergangenen Aufrüstungsmaßnahmen zu fordern, deren Einführung wir zu seiner Zeit abgelehnt haben.

**Änderungsanträge G04 - Psychische Gesundheit ist kein Luxus!**

**ÄA 1-G04: Ersetzen in Z 7-9**

**Antragsteller\*in: KV Emmendingen**

- 1 Die Linke Baden-Württemberg kämpft an der Seite der psychotherapeutischen4  
2 Berufsvereinigungen für mehr und verbesserte psychotherapeutische Angebote.  
3 Daher5  
4 fordern wir die sofortige Rücknahme der am 11.03.2026 beschlossenen  
5 Kürzungen von6  
6 4,5%, die ab dem 01.04.2026 in Kraft getreten sind. ~~Darüber hinaus fordern wir~~  
7 ~~weiterhin einen Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung, verbunden mit~~  
8 ~~einer fairen Vergütung psychotherapeutischer Leistungen.~~  
9 **Darüber hinaus fordern wir weiterhin einen Ausbau der psychotherapeutischen**  
10 **Versorgung, vor allem im Bereich der gesetzlichen Kassenplätze, verbunden mit**  
11 **einer fairen Vergütung psychotherapeutischer Leistungen.**

**Begründung:**

Der Fokus sollte hier vor allem auf kassenärztliche Versorgung liegen, da seit Jahren ein Mangel an Kassenplätzen herrscht. Sehr viele Psychotherapeut\*innen sind für Privatversicherte und Selbstzahlende.

**ÄA 2-G04: Ersetzen in Z 13-14**

**Antragsteller\*in: KV Emmendingen**

1 ~~Außerdem werden wir die psychische Gesundheitsversorgung noch mehr in den~~  
2 ~~Fokus unserer gesundheitspolitischen Arbeit stellen.~~ Außerdem werden wir die  
3 psychische Gesundheitsversorgung **und Prävention** noch mehr in den Fokus  
4 unserer gesundheitspolitischen Arbeit stellen.

### **Begründung:**

Das deutsche Gesundheitssystem liegt den Fokus auf Versorgung nach dem Krankheitsfall. Prävention kommt hierbei viel zu kurz . Krankheiten vorbeugen ist günstiger und gesünder als Krankheiten zu behandeln

## **Änderungsanträge G06 - Sozialabbau bekämpfen. In den Kommunen beginnen**

### **ÄA 1-G06: Ersetzen in Z 15-31**

Antragsteller\*in: KV Konstanz

- 1 ~~• Aufbau von Widerstandsbündnissen in den Kommunen von~~  
2 ~~Gewerkschaften, Personalräten, Betriebsgruppen, Organisationen von~~  
3 ~~geflüchteten, migrantischen Menschen, Menschen mit Behinderungen,~~  
4 ~~Mieter:inneninitiativen, Wohlfahrtsverbänden, freien Trägern,~~  
5 ~~Elterninitiativen, Sportvereinen. Dabei können unsere Gemeinderät:innen~~  
6 ~~eine wichtige Rolle spielen, die Initiative dafür zu ergreifen, diese~~  
7 ~~Organisationen zusammenzubringen indem sie sie zu einer Versammlung~~  
8 ~~ins Rathaus einladen, bei der von den Auswirkungen der Kürzungen~~  
9 ~~berichtet wird und ein breites parteiunabhängiges Widerstandsbündnis~~  
10 ~~aufgebaut wird.~~
- 11 ~~• Die Gewerkschaften auffordern, einen zentralen Beitrag zu leisten, den~~  
12 ~~Kampf gegen kommunale Kürzungen und Kürzungen von Landes- und~~  
13 ~~Bundesregierung auf der Straße und in den Betrieben zu führen.~~
- 14 ~~• Regelmäßige Bündnistreffen zum Informationsaustausch und zur Planung~~  
15 ~~und Organisierung von Protest- und Widerstandsaktionen mitorganisieren.~~
- 16 ~~• Der Landesverband lädt vor den Sommerferien zu einer landesweiten~~  
17 ~~offenen Konferenz gegen kommunale Kürzungen und die von Landes- und~~  
18 ~~Bundesregierung geplanten Kürzungen ein.~~
- 19 • In den Gemeinde-, Kreis-, und Regionalräten kritisieren wir  
20 prokapitalistische Haushalte und tragen diese Kritik auch in die  
21 Öffentlichkeit.
- 22 • Wir akzeptieren leere Kassen nicht als alternativlose Sachzwänge, sondern  
23 stellen sie immer als politische Entscheidung der Landes- und  
24 Bundesebenen dar. Die Haushaltsmittel müssen von den Bedarfen der  
25 Mehrheit der Bevölkerung und es Klimas ausgehen (...)
- 26 • Wir erklären, dass die "Bürgerhaushalte", wo es sie gibt,  
27 Alibiveranstaltungen sind und fordern eine demokratische Aufstellung des  
28 gesamten städtischen Haushalts. Dabei melden Vertreter:innen aller

- 29 Bereiche ihre Bedarfe an, auf deren Grundlage der Haushalt durch die  
30 Stadtbevölkerung demokratisch entwickelt und kontrolliert wird. Nur so  
31 kann kommunale Selbstbestimmung und Demokratie verwirklicht werden.

**Begründung:**

der Landesparteitag sollte den Abgeordneten auf lokaler Ebene nicht das Abstimmungsverhalten vorschreiben. Die Abwägung zwischen Fundamentalopposition und kritischer Mitarbeit sollte bei den Abgeordneten liegen.

**ÄA 2-G06: Streichung in Z55/56 (S46 Z14/15)**

Antragssteller\*in: KV Ortenau

- 1 ~~Wir stimmen keinem städtischen Haushalt zu, weil es in keiner Stadt~~  
2 ~~einen Haushalt geben wird, der unseren Vorstellungen und unseren Positionen~~  
3 ~~entspricht.~~

**Begründung:**

Mit dieser verabsolutierten Formulierung wird verhindert, selbst einem Haushalt zuzustimmen, der unseren Vorstellungen und Positionen entspräche. Der formulierte Nebensatz ist kausal und nicht konditional formuliert und nimmt daher mit der angebrachten Begründung das Ergebnis jeglicher Haushaltsverhandlungen alternativlos vorweg. Die Formulierung steht außerdem in einem formal-logischen Widerspruch zur Forderung nach der demokratischen Aufstellung eines städtischen Haushaltes (Zeilen 23-30), dem die kommunalen Abgeordneten gemäß Zeilen 14-15 ebenfalls nicht zustimmen dürften (vgl. „Wir stimmen keinem städtischen Haushalt zu, ...“).

Eine Streichung des Satzes ist außerdem Ausdruck des Vertrauens in Genoss\*innen mit kommunalem Mandat. Wir gehen davon aus, dass sie in der Lage sind, die Verhältnismäßigkeit eines Haushaltes selbst bzw. in Absprache mit ihrer Fraktion oder den Genoss\*innen ihres kommunalen Parteiverbandes einzuschätzen

**ÄA 3-G06: Streichung Z55-58 (S 46 Z14-17)**

Antragssteller\*in: LAG Demokratische Linke

**Unterstützer\*innen:** Martin Auerbach (Stadtrat Esslingen & Kreisrat Esslingen), Jan Blüm (Stadtrat Eppelheim), Marc Dreher (Kreisrat Esslingen & Regionalrat Stuttgart), Frederico Elwing (Stadtrat Tübingen), Eva-Maria Glathe-Braun (Stadträtin Ulm), Monika Helm (Stadträtin Esslingen), Marco La Licata (Stadtrat Neckargemünd), Carsten Labudda (Stadtrat Weinheim & Kreisrat Rhein-Neckar-Kreis), Jochen Lochner (Gemeinderat Reilingen), Frederike Marx (Kreisrätin Rhein-Neckar-Kreis), Mareike Merseburger (Ortschaftsrätin Weinheim-Lützelsachsen), Gregor Mohlberg (Stadtrat Freiburg), Gerlinde Strasdeit (Stadträtin Tübingen), Bernd Zieger (Stadtrat Heidelberg)

- 1 ~~Wir stimmen keinem städtischen Haushalt zu, weil es in keiner Stadt einen~~  
2 ~~Haushalt geben wird, der unseren Vorstellungen und unseren Positionen~~  
3 ~~entspricht. Unsere Gemeinde, Kreis- und Regionalräte sind aufgefordert gegen~~

- 4 ~~prokapitalistische Haushalte zu stimmen und dies öffentlich zu machen und~~  
5 ~~öffentlich zu begründen.~~

**Begründung:**

Eine grundsätzliche Ablehnung aller kommunalen Haushalte hält der Realität von Haushaltsverhandlungen nicht stand. Wenn unsere Mandatsträger Streichungen von Kürzungen oder eigene Anträge zur Verbesserung der Situation der Menschen erfolgreich ausgehandelt haben, ist eine Ablehnung des Gesamthaushalts weder im Gremium noch in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Die Ablehnung eines Haushalts sollte immer die letztmögliche Wahl sein. Wenn wir dieses generell und ohne Ermessensspielräume anwenden, nehmen wir uns jegliche Möglichkeit, um echte Verbesserungen zu kämpfen. Unsere Mandatsträger kennen die Lage vor Ort am besten und wissen, wann eine Ablehnung angebracht ist und wann sie uns nur schadet. Wir sollten ihnen hierbei vertrauen und sie unterstützen.

**Änderungsantrag G07 - Stoppt Krieg, Vertreibung und Völkermord im Nahen Osten**

**ÄA 1-G07: Ersetzen in Z1 + Z21 + Z41 (S49 Z3)**

**Antragssteller\*in:** Jochen Lochner (Gemeinderat, KV Rhein-Hardt), Salih Örtlek (KV Rhein-Hardt)

- 1 Ersetzung von „~~im Nahen Osten~~“ Zeile 1 und Zeile 21 durch „~~in Westasien~~“ und  
2 Seite 49, Zeile 3 „~~dem Nahen Osten~~“ durch „~~Westasien~~“

**Begründung:**

Zu einem ernst zu nehmenden Internationalismus gehört auch die Überwindung post- und neokolonialer Strukturen in der Gestalt eines vorherrschenden Eurozentrismus. Die besagten Regionen befinden sich auf dem asiatischen Kontinent und sollten daher korrekterweise, als Westasien bezeichnet werden. Der Begrifflichkeit des „Nahen Osten“ unterliegt die Prämisse westlicher, eurozentrischer Deutungshoheit als Mittelpunkt einer (post-/neo-) kolonialen Weltordnung.

**ÄA 2-G07: Ersetzen in Z1 + Z21 + Z41 (S49 Z3)**

**Antragssteller\*in:** LAG Migrantische Linke / LINKS\*KANAX

- 1 Der Begriff „~~Naher Osten~~“ soll durch den Begriff „~~SWANA~~“ mit Erklärung in  
2 Klammern „(Südwestasien und Nordafrika)“ ersetzt werden.

**Begründung:**

SWANA wird statt „Naher Osten“ verwendet, weil „Naher Osten“ ein kolonialer, eurozentrischer Begriff ist, der Menschen und Regionen von außen benennt und dabei Hierarchien einebnet. SWANA benennt Südwestasien und Nordafrika präziser, dekolonialer und so, dass die Vielfalt der Communities sichtbar wird, statt sie zu vereinheitlichen oder zu entmenschlichen.

### **ÄA 3-G07: Ersetzen in Z33-36**

**Antragssteller\*in: KV Ortenau**

- 1 ~~Für Proteste und Streiks weltweit gegen den Krieg der USA und Israels, gegen~~
- 2 ~~den Völkermord an den Palästinenser:innen, der Vertreibungen im Westjordanland~~
- 3 ~~und Libanon und zur Unterstützung der Massenbewegung im Iran gegen die~~
- 4 ~~Diktatur.~~
- 5 Solidarität mit Protesten und Streiks weltweit gegen den Krieg der USA und
- 6 Israels, gegen den Völkermord an den Palästinenser:innen, der Vertreibungen im
- 7 Westjordanland und Libanon und zur Unterstützung der Massenbewegung im Iran
- 8 gegen die Diktatur.

#### **Begründung:**

In der ursprünglichen Fassung der AKL heißt es „Für Proteste und Streiks...“. Dies ist in unseren Augen keine Forderung, sondern ein Standpunkt.

### **ÄA 4-G07: Ergänzung nach Z16**

**Antragsteller\*in: Linksjugend [solid'] Baden-Württemberg,**

- 1 Diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit einer zunehmend radikalisierten
- 2 politischen Ausrichtung innerhalb der israelischen Regierung, die auf militärische
- 3 Dominanz, territoriale Expansion und die gewaltsame Durchsetzung politischer
- 4 Interessen setzt. In diesem Kontext ist auch von einem sich verschärfenden,
- 5 expansionistischen Zionismus zu sprechen, der als Rechtfertigung für Besatzung,
- 6 Vertreibung und militärische Eskalation dient.
- 7 Wenn führende Vertreter der israelischen Regierung davon sprechen, den Libanon
- 8 wie Gaza zu behandeln, ist dies mehr als bloße Rhetorik, es ist die Ankündigung
- 9 einer weiteren Ausweitung von Genozid und Zerstörung. Eine solche Politik, die
- 10 auf Abschreckung durch umfassende Gewalt und Zerstörung setzt, droht, sich in
- 11 der gesamten Region zu verfestigen und weiter auszubreiten.